Beratungsangebot im Zusammenhang mit den aktuellen Angriffen auf Israel

Am vergangenen Samstag wurde die israelische Gesellschaft, vor allem die Zivilbevölkerung, mit einem breit angelegten Terrorakt angegriffen. Dieser Terror stellt Pädagog*innen in Deutschland vor mehrere Herausforderungen. Wir möchten dazu ermutigen, in den kommenden Tagen besonders sensibel hinsichtlich folgender Punkte zu sein:

1. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass jüdische Schüler*innen in Deutschland verstärkt von antisemitischen Angriffen und Mobbing bedroht sind, wenn sich Israel verteidigt. Jüdische Schüler*innen dienen häufig als Projektionsfläche antiisraelischer Narrative. Pädagog*innen stehen in der Verantwortung, diese Vorfälle wahrzunehmen und die Schüler*innen hiervor zu schützen.

2. Jüdische Schüler*innen in Deutschland sind wegen familiärer Beziehungen nach Israel von den Terroranschlägen häufig unmittelbar betroffen. Sie sind jedoch weder Expert*innen für das Land noch für den Konflikt und dürfen nicht in Stellvertreterrollen gedrängt werden. Ebenso wenig dürfen Schüler*innen mit familiären Beziehungen in arabische Länder als Expert*innen der Situation im Nahen Osten adressiert werden.

3. Seit Samstag werden über soziale Netzwerke, wie TikTok und Instagram, menschenverachtende, terrorverherrlichende und antisemitische Inhalte verbreitet. Jugendliche in Deutschland kommen hiermit, häufig ungewollt, in Kontakt. Pädagog*innen stehen in der Verantwortung, zu intervenieren und ggf. den Angriff und die öffentlichen Debatten zu thematisieren und einzuordnen.

4. Der Terrorangriff des Wochenendes ist antisemitisch und menschenverachtend. Es braucht keinen Kontext oder vertieftes Wissen über den Israel-Palästina-Konflikt, um die terroristischen Angriffe zu verurteilen. Relativierungen und Befürwortungen dessen müssen gestoppt werden. Die Auseinandersetzung mit dem politischen Konflikt muss in einem anderen Rahmen stattfinden.

5. Die über soziale Netzwerke verbreiteten Videos können verstörend und emotional überwältigend wirken. Für eine inhaltlichen Auseinandersetzung und psychosoziale Begleitung können schulinterne Strukturen, wie Schulsozialarbeit, UBUS-Kräfte und Schulpsycholog*innen miteinbezogen werden.

Spiegelbild bietet Lehrkräften und Sozialarbeiter*innen in Wiesbaden Beratung bei individuellen Vorfällen in pädagogischen Kontexten und Beratung bei der inhaltlichen Einordung der aktuellen Geschehnisse. Melden Sie sich gern.

OFEK-Hessen berät Einzelpersonen, ihren Familien und Angehörigen sowie Zeug*innen bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung: hessen@ofek-beratung.de

Die Recherche- und Informationsstelle Hessen nimmt Meldungen von antisemitischen Vorfällen entgegen und dokumentiert diese: https://report-antisemitism.de/report/

KONTAKT

mail@spiegelbild.de

0611 26759085
BÄRENSTRASSE 8
65183 WIESBADEN

SPIEGELBILD
Politische Bildung aus Wiesbaden